

# Wir werden sofort handeln!

## 100-Tage-Regierungsprogramm der Hessen-SPD

Noch im Jahr 2003 werden wir die ersten Schritte für mehr Chancengleichheit, mehr Beschäftigung, mehr demokratische Beteiligung und eine nachhaltige Landespolitik einleiten. Diese Schritte haben wir in unserem Programm für die ersten 100 Tage zusammengefasst.

\*\*\*

Das finanzpolitische Chaos der konservativen Landesregierung werden wir beenden und durch eine **solide und nachhaltige Finanzpolitik** ersetzen. Dazu werden wir einen **Nachtragshaushalt** vorlegen. Dabei werden wir die **gezielte Schwerpunktsetzung** auf den Ausbau von Ganztagschulen, Vorschulerziehung und Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit verbinden mit einer langfristigen **Konsolidierung der Landesfinanzen**. Für die Verbesserung des Wohnungsbaus wollen wir das bestehende Sondervermögen nutzen.

\*\*\*

Alle gesetzlichen Vorschriften werden im Hinblick auf die Durchsetzung von **Chancengleichheit** überprüft und die notwendigen Veränderungen vorbereitet.

Für **Ganztagschule und Vorschule** werden wir die notwendigen gesetzlichen Grundlagen erarbeiten.

Zur Vorbereitung der Einrichtung von 500 Ganztagschulen werden wir die Anforderungen an die notwendigen pädagogischen Konzepte konkretisieren und mit den **Bewerbungsverfahren für die ersten Schulen** beginnen. Mit einer Steuerungsgruppe „Ganztagschulen“ werden wir die Schulträger bei der Schulentwicklungsplanung beraten und unterstützen.

Mit Experten und Schulträgern werden wir für das Vorschul-Projekt **„Gute Bildung von Anfang an“** die notwendigen Grundlagen erarbeiten und die erforderlichen Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Land Hessen und den Trägern von Kindertageseinrichtungen vorbereiten.

Zur Sicherung der Qualität von Schulen wird eine Expertenkommission „Evaluation“ eingesetzt.

Die Abwicklung des Schulprojektes „Hansenberg“ wird eingeleitet.

\*\*\*

Wir werden sofort mit einem Aktionsprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Hessen beginnen. Das Ziel ist **Jugendarbeitslosigkeit Null**. Das heißt, wir wollen gemeinsam mit Arbeitgebern, Gewerkschaften, Schulen und Arbeitsverwaltung erreichen, dass jeder Schulabgänger, jede Schulabgängerin ein Ausbildungs- oder Arbeitsangebot erhält.

\*\*\*

Wir helfen dem hessischen **Mittelstand** mit einer **Aufstockung der Fördermittel** bei Erweiterungsinvestitionen, Generationswechsel und Existenzgründungen, die Zurückhaltung der Banken bei der Kreditvergabe kurzfristig zu überwinden. Die Weiterentwicklung der Investitionsbank Hessen zu einer Förderbank wird in Angriff genommen. Dadurch wollen wir vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen.

Wir werden bei der laufenden Neuordnung der Arbeitsvermittlung nach den Vorschlägen der **Hartz-Kommission** die notwendigen regionalen Kooperationsstrukturen aufbauen und dabei sicherstellen, dass bestehendes Know-how nicht vernichtet wird und erfolgreichen Modelle insbesondere der kommunalen Seite in die Neuordnung integriert werden.

Wir werden ein **Hessisches Vergabegesetz** für Aufträge der öffentlichen Hand verabschieden, in dem wir regeln, dass solche Unternehmen öffentliche Aufträge erhalten, die mindestens nach den am Ort gültigen Tarifverträgen entlohnen und ausreichend Ausbildungsplätze bereitstellen. Darüber hinaus wollen wir auch die Förderung der Gleichstellung berücksichtigen.

Wir werden den **Hochschulzugang für Handwerksmeister** wieder ermöglichen.

\*\*\*

In einem **Gesetz zur Wiederherstellung demokratischer Beteiligungsrechte** werden wir:

- die Beteiligungsrechte der Beschäftigten **im Hessischen Personalvertretungsgesetz** wiederherstellen,
- im Hessischen Gleichstellungsgesetz den **Frauenbeauftragten** wieder mehr Beteiligungsrechte geben,
- den **Landesausländerbeirat** wieder einsetzen,
- die Rechte der **Naturschutzbeiräte** wieder ausweiten, und neben einem gestrafften Devolutionsverfahren das Verbandsklagerecht der Naturschutzverbände wieder einführen.

Zur Erhöhung der Beteiligung von Jugendlichen an demokratischen Entscheidungen werden wir das **Kommunalwahlalter wieder auf 16 Jahre** senken.

Wir werden im Rahmen eines Agenda-Prozesses auf Landesebene einen **Zukunftsrat** einrichten, in dem alle gesellschaftlichen Gruppen vertreten sind. Er soll Nachhaltigkeitsziele erarbeiten, die in einem Nachhaltigkeitsplan zusammengefasst werden.

\*\*\*

Um die Beteiligungsmöglichkeiten von **Seniorinnen und Senioren** zu stärken, werden wir die Voraussetzungen für die Arbeit von Seniorenbeiräten auf allen Ebenen kurzfristig verbessern. Zur Verbesserung der Ausbildungssituation in der Altenpflege werden wir mit den Beteiligten an einem Runden Tisch einen Maßnahmenkatalog festlegen.

Wir werden der Behindertenpolitik einen neuen Stellenwert geben. Eine **Landesbehindertenbeauftragte** soll als Stabsstelle für den privaten und den öffentlichen Bereich eingerichtet werden. Diese Position wollen wir mit Erika Fleuren besetzen. Ein **Gleichstellungsgesetz für Behinderte** wird die Verpflichtung festschreiben, für weitestgehende Barrierefreiheit zu sorgen.

\*\*\*

Bei der Regierungsbildung werden wir die Verantwortung für den Prozess des Gender-Mainstreaming beim Ministerpräsidenten und bei der politischen Spitze der Ministerien ansiedeln.

Als Vorbild für alle Arbeitgeber treffen wir in einem Sofortprogramm für die Landesbediensteten **Regelungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie**.

Zur Erhaltung des notwendigen Angebots von sicheren Zufluchtsmöglichkeiten für Frauen werden wir die **Kürzungen bei den Frauenhäusern zurücknehmen**.

\*\*\*

Wir wollen in den Städten die optimale Verknüpfung von städtebaulichen, beschäftigungspolitischen und sozialpolitischen Zielen erreichen. Dazu wollen wir das Bund-Länder-Programm „**Soziale Stadt**“ umgehend einer interministeriellen Steuerung unterwerfen. Das Land Hessen wird der Arbeitsgemeinschaft HEGISS beitreten und die HEGISS-Servicestelle reformieren.

\*\*\*

Wir werden den freiwilligen Polizeidienst auflösen und den Angestellten der Wachpolizei Verwaltungsaufgaben zuweisen und so **Polizeibeamtinnen und -beamte für ihre originären Aufgaben freistellen**.

Wir werden verstärkt Polizeianwärter einstellen und die Zugangsmöglichkeiten für Quereinsteiger überprüfen.

\*\*\*

Die Verfahren zur **Neuordnung der hessischen Regionen** werden umgehend begonnen, Vorschläge für die notwendigen gesetzlichen Änderungen vorgelegt, ein Mediationsverfahren vorbereitet. Die Trägerschaft des Regionalparks Rhein-Main durch die Gesamtregion wird gesichert.

\*\*\*

Zur Sicherung von Bauherren vor Überschwemmungsschäden werden wir im Hessischen Wassergesetz und in der Hessischen Bauordnung die **Bebauung von Überschwemmungsbereichen** wieder restriktiv regeln.

\*\*\*

Wir werden die flächendeckende **Einführung von SAP stoppen** und auf Modellprojekte beschränken. Dabei werden wir prüfen, in welchen Bereichen die weitere Einführung sinnvoll ist.